



Der Orthopäde, der nach Wartenberg kommen sollte, hat einen Rückzieher gemacht.
© Symbolbild: dpa / Dr. Reinhard Schneiderhan

Herber Dämpfer für den Ausbau der medizinischen Versorgung

Rückschlag für den Markt Wartenberg: Orthopäde macht Rückzieher

Rückschlag für den Markt Wartenberg: Aus dem Arztzentrum an der Thenner Straße wird zumindest vorläufig nichts. Der Orthopäde, der hätte kommen sollen und für dessen Ansiedlung der Markt den Ankauf von Modulen für die Einrichtung einer Praxis schon angeleiert hatte, hat einen Teilrückzieher gemacht.

Wartenberg– Ganz hat er wohl noch nicht abgesagt, auch wenn Bemerkungen in der Marktratssitzung das vermuten ließen. Bürgermeister Christian Pröbst (CSU) sprach von einer „Warteschleife“. Erste konkrete Auswirkung: Der Tagesordnungspunkt, bei dem es um den Ankauf von gebrauchten Modulen für diesen Zweck ging, wurde abgesetzt. Dass etwas im Busch war, das bekamen die Besucher schnell mit: Pröbst hatte vor der Sitzung überraschend die Öffentlichkeit erst einmal ausgeschlossen. Jetzt befasst sich der Marktgemeinderat mit dieser Beschaffung erst dann wieder, wenn es wirklich einen Mietvertrag gibt.

Beschlossen wurde dagegen eine neue Versorgungsanalyse, um eine Bedarfsplanung für die medizinische Versorgung in die Finger zu bekommen. Das Thema war heiß umstritten. Heike Kronseder (FWG) meinte, dass die Studie von 2018 noch weiter verwendet werden könne, Dominik Rutz und Melanie Falzetta (Grüne) waren der gleichen Meinung. Michael Gruber (SPD) sprach gar von „rausgeschmissenem Geld“.

Pröbst kämpfte um seinen Antrag: Der Markt werde auch konkrete Handlungsempfehlungen bekommen. Die hatte aber Michael Paulini (SPD) in dem Papier von 2018 auch gefunden. Josef Sedlmaier (CSU) meinte dagegen, das sei „nichts Ganzes und nichts Halbes“ gewesen, nicht zuletzt, weil das Büro, das jetzt im Gespräch sei, auch das spätere Gebäude konzipieren

und tatsächlich Ärzte nach Wartenberg bringen könne. Nina Hieronymus (CSU) warb dafür, jetzt tätig zu werden und nicht erst dann, wenn es wirklich ein Problem gebe.

Gerechnet wird mit Kosten von zwei Euro pro Einwohner. Knapp in der Minderheit waren letztlich die, die dagegen stimmten: Rutz, Falzetta, Tina Scheyhing (alle Grüne), Gruber, Paulini (beide SPD), Kronseder, Franz Ganslmaier und Paul Neumeier (alle FWG) unterlagen am Ende nur knapp.

Klaus Kuhn